



Eine-Welt-Presse

Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)

1/2019 | 36. JAHRGANG | ISSN 1614-5437



Foto: UN Photo/Kibae Park

WOHLSTAND UND EIN GUTES LEBEN

Die Vereinten Nationen wollen Wohlstand für alle erreichen

Aber was steckt eigentlich hinter diesem Begriff? Wie lässt er sich greifbar machen und wodurch wird er bedingt? Mit diesen Fragen befasst sich die Eine-Welt-Presse in dieser Ausgabe.

Er hat Gesprächswert. Wer den Begriff „Wohlstand“ bei der Google-Suche eingibt, erhält knapp zehn Millionen Treffer. Beim englischen Begriff „prosperity“ sind es sogar 103 Millionen, beim spanischen „bienestar“ gar 216 Millionen. „Legale Migration schafft Wohlstand“ hat etwa Bundeskanzlerin Angela Merkel im Dezember 2018 gesagt und sich dabei auf den Migrationspakt der Vereinten Nationen bezogen. Die ZEIT titelt: „Deutschland muss lernen, seinen Wohlstand zu teilen“. Und schon im 18. Jahrhundert schrieb der schottische Ökonom Adam Smith vom „Wohlstand der Nationen“.

Doch obwohl so viele von ihm reden und er allgemein als erstrebenswert gilt, definiert ihn niemand wirklich, er sieht immer ein wenig anders aus. Der eine braucht einen stabilen Arbeitsplatz und ein Auto. Die andere Meinungsfreiheit und die Möglichkeit zu reisen. Der Dritte Bildung und ein Dach, das keine Löcher hat. Armut lässt sich eindeutig messen, weil es internationale Richtwerte gibt. Wer weniger als 1,90 US-Dollar am Tag zur Verfügung hat, lebt in absoluter Armut. Weltweit sind das **738 Millionen Menschen**. Aber Wohlstand – jeder und jede füllt das Wort selbst mit Bedeutung, es gibt keine allgemein gültige Definition.

Vermutlich ist es also einfacher zu sagen, was Wohlstand *nicht* ist, als zu sagen, *was* er ist. Denn wann es uns gut geht, wann wir uns wohl fühlen oder gar glücklich sind – das lässt sich schwer messen und vergleichen, auch wenn es immer wieder versucht wird (s. dazu S. 3–4). Lebensqualität bzw. unser Wohlergehen lässt sich nicht in Zahlen ausdrücken.

Aber obgleich Wohlstand nirgends eindeutig definiert wird, sind sich doch alle einig, dass es sich dabei um einen positiven Zustand handelt. Lange Zeit wurde er vor allem mit materiellen Werten in Verbindung gebracht, also zum Beispiel mit Geld und Eigentum. Mittlerweile ist aber anerkannt, dass diese materiellen Dinge alleine nicht zwangsläufig zu Wohlstand führen. Schaut man sich die Geschichte an, so zeigt sich zwar, dass Menschen erst einmal Essen, Kleidung und ein Zuhause brauchen. Ist für diese grundlegendsten Bedürfnisse aber gesorgt, dann entkoppeln sich ab einem gewissen Schwellenwert Zufriedenheit und materieller Wohlstand. Makroökonomische Theorien, die davon ausgehen, dass es allen gut geht, wenn es dem Staat gut geht, sind also überholt.

Global betrachtet ist der Wohlstand in den vergangenen Jahrzehnten gestiegen. Es geht uns besser als den Generationen vor uns. Die Lebenserwartung ist gestiegen, mehr Menschen können zur Schule gehen und weniger leben in absoluter Armut. Aber nicht überall auf der Welt. Und in manchen Ländern ist der Wohlstand sogar zurückgegangen. In Teilen Syriens zum Beispiel, aufgrund des Krieges dort.

Ein wichtiges Ziel der Vereinten Nationen (UN) ist Wohlstand für alle zu schaffen. Auch die UN definieren den Begriff nicht eindeutig. Sie verfolgen aber einen bestimmten Wohlstands-Ansatz und zwar den Capability-Ansatz (auf deutsch: Befähigungsansatz oder Ansatz der Verwirklichungschancen), den der Ökonom Amartya Sen und die Philosophin Martha Nussbaum in den 1980er Jahren entwickelt haben. Bei diesem

geht es nicht mehr nur darum, ökonomisches Kapital zu erlangen, sondern es geht darum, dass jeder nach seinen Möglichkeiten ein gutes Leben erreichen kann. Bedeutend ist also nicht, was ein Mensch besitzt, sondern welche Chancen er oder sie hat, sich zu verwirklichen. Hat er zum Beispiel die Chance auf Arbeit, Bildung und ein gesundes Leben? Oder die Chance, ein Ziel selbst zu wählen und zu erreichen? Der Ansatz ist auch die theoretische Grundlage für den Human Development Index der Vereinten Nationen (s. S. 3).

EIN VON WOHLSTAND GEPRÄGTES LEBEN Seite 2

WIE LÄSST SICH WOHLSTAND MESSEN? Seite 3

ES BRAUCHT ETWAS NEUES Seite 5

SCHLECHTER ABGESICHERT UND SCHLECHTER BEZAHLT Seite 6

RUANDA AUF DEM WEG ZU WOHLSTAND Seite 6

„KEIN WOHLSTAND OHNE MENSCHENRECHTE“ Seite 8

CHANCEN UND RISIKEN DER DIGITALISIERUNG Seite 8

GELD **NACHHALTIGKEIT**
SDGs **BIP** **CHANCEN**
REICHTUM **VOLKSWIRTSCHAFT**
BRUTTONATIONALGLÜCK **BILDUNG**
WOHLSTAND **UMWELT**
WIRTSCHAFTSWACHSTUM **PRODUKTION**
LEBENSQUALITÄT **GESUNDHEIT**



Liebe Leserinnen und Leser,

die Vereinten Nationen haben sich dem Ziel verschrieben, durch internationale Zusammenarbeit Frieden und Wohlstand zu

sichern. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung aus dem Jahr 2015 bekräftigt das in ihrer Präambel: Sie soll den Menschen, dem Planeten und dem Wohlstand dienen.

Was genau Wohlstand aber ausmacht, ist schwer zu bestimmen. Seit 1990 misst das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) die Lebensqualität mit einem Index zur menschlichen Entwicklung. Seit dem Jahr 1990 hat es zwar große Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung gegeben, sie reichen aber bei Weitem noch nicht aus, um diese Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Gerade die fortbestehende Benachteiligung von Frauen und besonders stark von Armut betroffener Menschen steht dem Grundgedanken der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung entgegen, niemanden zurücklassen zu wollen.

Die vorliegende „Eine-Welt-Presse“ ist Teil des Jahresschwerpunkts „UN und Wirtschaft“ der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN). Mit unserer „Eine-Welt-Presse“ widmen wir uns der Frage, was Wohlstand überhaupt ist und wie er gemessen werden kann. Wir freuen uns, wenn die Beiträge viele Leserinnen und Leser erreichen und im Schulunterricht Verwendung finden. Dabei fragen wir nicht nur nach den sich verändernden Vorstellungen von Wohlstand, sondern beleuchten auch die Ansätze, Wohlstand zu messen und vergleichbar zu machen. Neben den Debatten über das, was erstrebenswerten Wohlstand ausmacht, zeigen wir auch an konkreten Beispielen, wie Wohlstand in anderen Ländern verstanden wird. Dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sind wir für die finanzielle Förderung dieser Publikation sehr dankbar.

Ich wünsche Ihnen eine interessante und erkenntnisreiche Lektüre.

Detlef Dzembritzki, DGVN-Vorsitzender



Lehrerinnen und Lehrern an weiterführenden Schulen bietet das Programm „UN im

Klassenzimmer“ die Möglichkeit, internationale Politik für ihre Schülerinnen und Schüler erlebbar zu machen. Anhand von interaktiven Präsentationen lernen sie die Funktions- und Arbeitsweisen der Vereinten Nationen kennen und erproben in einer Simulation des UN-Sicherheitsrats ihr diplomatisches Geschick. Die Projekte werden von Studierenden durchgeführt, die sich bereits ausführlich mit den Vereinten Nationen beschäftigt haben.

Studierende mit Interesse an politischer Bildungsarbeit und den Vereinten Nationen können im Rahmen des Projektes UN im Klassenzimmer Schülerinnen und Schüler für die Weltorganisation begeistern. Gemeinsam mit einem Teamer bzw. einer Teamerin begleitest du die Schülerinnen und Schüler bei der Erarbeitung des UN-Basiswissens und/oder leitest eine Simulation des Sicherheitsrats an. Die DGVN bereitet dich optimal auf diese Aufgaben vor und stellt alle benötigten Materialien zur Verfügung.

Mehr Infos unter www.UN-Klassenzimmer.de oder direkt per Mail an UNKlassenzimmer@dgvn.de

EIN VON WOHLSTAND GEPRÄGTES LEBEN

DIE SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS DER VEREINTEN NATIONEN

Bis zum Jahr 2030 sollen sie erreicht werden: die 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Nicht nur soll die Armut bekämpft werden, es soll auch Wohlstand für alle geben. Doch die Ziele sind nicht ohne Widersprüche.

„Wir können die erste Generation sein, der es gelingt, die Armut zu beseitigen, ebenso wie wir die letzte sein könnten, die die Chance hat, unseren Planeten zu retten.“

Es ist ein großer Anspruch, den der frühere UN-Generalsekretär Ban Ki-moon einst formulierte und der in den Zielen für Nachhaltige Entwicklung (engl. Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen, also der Nachhaltigkeitsagenda 2030, niedergeschrieben ist. Die Nachhaltigkeitsziele wurden im September 2015 von allen 193 UN-Mitgliedstaaten verabschiedet. Es ist eine ehrgeizige und umfassende Agenda, die aus 17 globalen Zielen mit 169 Unterzielen besteht und die bisherigen Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) der UN ablöst, die vom Jahr 2000 bis 2015 galten. Die MDGs zielten vor allem auf soziale Verbesserung in Entwicklungsländern ab, zum Beispiel auf die Überwindung des Hungers. Weil sie in wichtigen Teilen erreicht wurden, gelten sie als Erfolg. Seit sie verkündet wurden, nahm die Zahl der extrem Armen ab, mehr Kinder besuchen zumindest die Grundschule und die Kindersterblichkeit ging deutlich zurück.

Aber während es in der Armutbekämpfung Fortschritte gab, wurde ein wichtiger Faktor ausgeblendet: die Umwelt. Wälder wurden gerodet, die Treibhausgasemissionen sind weltweit weiter gestiegen, Tierarten starben aus, der Klimawandel ging ungebremst weiter. Die UN beschlossen deshalb im Juni 2013 auf ihrem Erdgipfel in Rio, dass es an der Stelle der MDGs Nachhaltigkeitsziele braucht – die Sustainable Development Goals. Sie wurden gemeinsam mit der Zivilgesellschaft entwickelt und sollen zum ersten Mal wirtschaftlichen Fortschritt im Einklang mit sozialer Gerechtigkeit und den ökologischen Grenzen des Planeten gestalten. Neu an der Agenda 2030 ist außerdem, dass sie für alle Staaten weltweit gelten, sowohl für Entwicklungsländer und Schwellenländer als auch für Industriestaaten. Alle sollen ihren Beitrag leisten, damit die Ziele bis zum Jahr 2030 erreicht werden können, allerdings freiwillig. Ban Ki-moon sagte dazu:

„Wir gehen in eine neue Ära, in der Armut ausgeradiert, Wohlstand geteilt und die Ursachen des Klimawandels bewältigt werden.“

Den 17 Zielen sind fünf Kernbotschaften als handlungsleitende Prinzipien vorangestellt: Mensch, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft. Im Englischen spricht man auch von den „5 Ps“: People, Planet, Prosperity, Peace, Partnership. Beim Prinzip Wohlstand heißt es: „Wir sind entschlossen, dafür zu sorgen, dass alle Menschen ein von Wohlstand geprägtes und erfülltes Leben genießen können und dass sich der wirtschaftliche, soziale und technische Fortschritt in Harmonie mit der Natur vollzieht.“ Um für alle ein Leben in Wohlstand gewährleisten zu können, muss zunächst Ziel 1 erreicht werden, die Beseitigung absoluter Armut.

Die Agenda 2030 steht für ein globales Verständnis von Wohlstand, bei dem es – wie beim Human Development Report – nicht mehr nur um das Pro-Kopf-Einkommen geht. Volkswirtschaften sollen zugunsten nachhaltiger Entwicklung

umgestaltet werden, zum Beispiel durch saubere und erschwingliche Energie. Klimapolitik, nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung sind untrennbar miteinander verwoben.

Es geht in der Agenda 2030 also nicht mehr nur um Wirtschaftswachstum, denn die globale Weltwirtschaft hat die Erde seit langem übernutzt (und tut es noch immer), auf eine Art, die nicht nachhaltig ist.

Insgesamt betrachtet weist die Agenda 2030 jedoch diverse Widersprüche auf, auch, was die Wohlstandsvorstellung anbelangt. Beispielsweise gilt Wirtschaftswachstum noch immer als zentraler Bestandteil der Armutsbekämpfung. In der Einleitung der Agenda 2030 steht: „Ein dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist eine wesentliche Voraussetzung für Wohlstand.“ Wirtschaftswachstum ist in Ziel 8 auch als solches festgeschrieben:

„Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.“

Als Unterziel wird ein jährliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von mindestens 7 Prozent in den am wenigsten entwickelten Ländern genannt.

Unter anderem der Verweis auf das Bruttoinlandsprodukt als prominentesten aber auch zweifelhaften Fortschrittsindikator verdeutlicht die Konzentration der Agenda 2030 auf eine gemeinsame Wirtschafts- und Wachstumspolitik, in der ein überproportionales Wachstum der unteren Einkommen als erstrebenswert gilt. Diese Konzentration auf die Wirtschaft ist widersprüchlich, da das BIP in der Agenda 2030 doch eigentlich keine allzu große Bedeutung mehr als Wohlstandsindikator bekommen sollte.

Der Human Development Index der Vereinten Nationen kommt indes nicht in der Agenda vor. Wachstum allein schafft jedoch weder zwangsläufig Wohlstand für alle noch reduziert es automatisch Armut. Es braucht eine breitere Wirksamkeit, um alle Bevölkerungsschichten zu erreichen. Andernfalls vergrößert es nur die Verteilungsungleichheit.

Die Verteilungsungleichheit ist ein weiterer Kritikpunkt und Widerspruch, denn die Umverteilung des ökonomischen Wohlstands kommt in der Agenda 2030 nur am Rande in Ziel 10.1 vor, das besagt: „Bis 2030 nach und nach ein über dem nationalen Durchschnitt liegendes Einkommenswachstum der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung zu erreichen und aufrechtzuerhalten“. Nicht erwähnt wird etwa, dass 1 Prozent der Menschen bald mehr als die Hälfte des weltweiten privaten Reichtums besitzen wird. Eine Umverteilung an dieser Stelle könnte einen Teil der absoluten Armut schneller bekämpfen als ein Wirtschaftswachstum das kann. Solche Kritik wurde beispielsweise von Intellektuellen wie Noam Chomsky oder Naomi Klein in einem offenen Brief an die Vereinten Nationen adressiert.

Auch an einem anderen Punkt treten Widersprüche auf. Wenn zum Wohlstand auch gehört, eine intakte Umwelt zu haben, etwa einen



Reichtum an Flora und Fauna, dann ist fraglich, ob die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen sind. Vor allem zwischen SDG 8 (Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und faire Arbeit schaffen) und unter anderem den SDGs 13 (Klima umfassend schützen), 14 (Die Weltmeere schonen) und 15 (Schutz der Ökosysteme) besteht ein potentieller Widerspruch. Ob Klima und Ökosysteme wirklich geschützt werden können, wenn weiterhin der Anspruch von dauerhaftem Wirtschaftswachstum besteht, ist zu bezweifeln. Kritiker gehen vielmehr davon aus, dass weltweites Wirtschaftswachstum die ökologische Krise weiter verschärfen wird, beispielsweise den Klimawandel, und somit unser aller Wohlstand gefährdet, statt ihn zu sichern. Gerade auch, weil die Agenda 2030 auf eine weitere Industrialisierung (SDG 9) und eine Ausweitung des globalen Handels setzt. Armutsbekämpfung und Entwicklung sollen also mithilfe von Wirtschaftsformen gelingen, die bislang besonders schädlich für die Umwelt waren.

Das verwundert, denn dass die Ressourcen unseres Planeten endlich sind und die Art und Weise, wie wir wirtschaften, gefährlich für ihn ist, wird grundsätzlich anerkannt.

Betrachtet man die bisherige Entwicklung der 17 Nachhaltigkeitsziele, so sieht es derzeit nicht so aus, als könnten bis zum Jahr 2030 tatsächlich alle erreicht werden. Zwar konnte die extreme Armut in den letzten Jahren reduziert werden, wie es auch aus dem jährlichen Fortschrittsbericht des UN-Generalsekretärs hervorgeht. Doch es gibt noch immer viele unter extremer Armut leidende Menschen, die die Entwicklungsmaßnahmen nicht erreichen. Und so lange Menschenrechte wie etwa jenes auf Nahrung oder auf sauberes Wasser nicht verwirklicht sind, bleibt auch der Wohlstand für alle noch recht weit entfernt.

WIE LÄSST SICH WOHLSTAND MESSEN?

Wie lässt sich Wohlstand messen? Vor allem das Bruttoinlandsprodukt (BIP) eines Landes gilt als Indikator dafür, wie gut es diesem geht. Das BIP ist zudem weltweit der bekannteste Indikator. Es gibt aber auch viele andere Indizes, die versuchen, Wohlstand zu messen.

NATIONALER WOHLFAHRTSINDEX (NWI)

Der NWI wurde 2008 von dem Ökonomen Hans Diefenbacher und dem Politologen Roland Zieschank im Auftrag des Umweltbundesamtes entwickelt. Grund war, dass das BIP viele wirtschaftliche und gesellschaftliche Faktoren, die für die Messung von Wohlstand wichtig sind, nicht angemessen abbildet oder gar nicht berücksichtigt. Der NWI soll das BIP deshalb ergänzen. Der NWI basiert auf den privaten Konsumausgaben. In ihn fließen Daten von insgesamt 20 ökonomischen, ökologischen und sozialen Komponenten. Zu diesen zählen zum

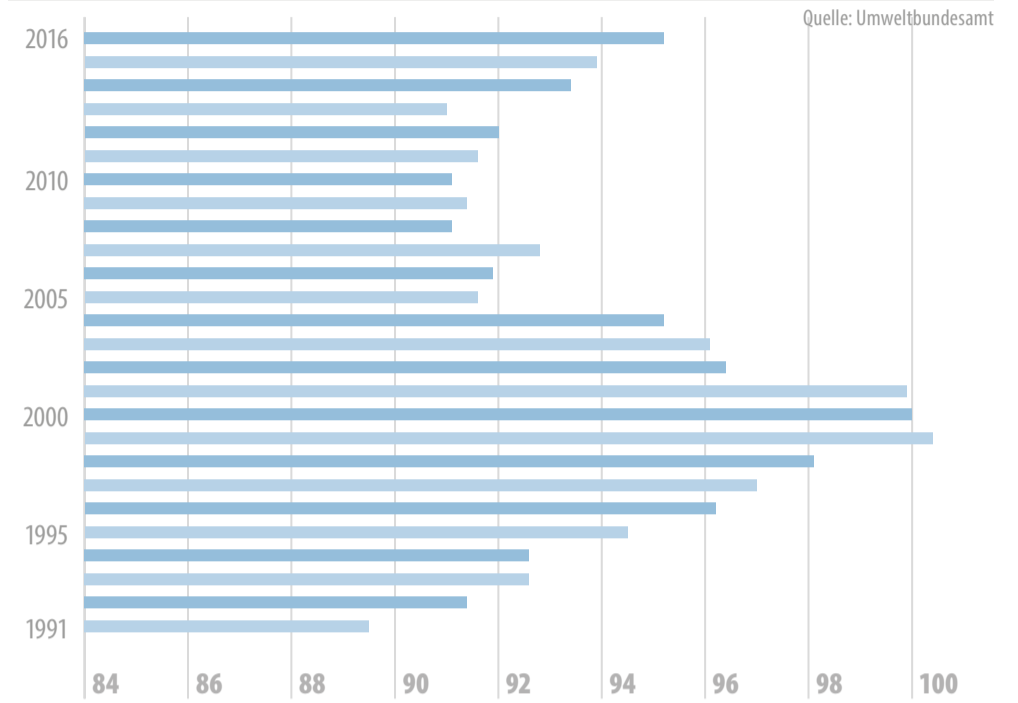
Beispiel Umweltverschmutzung, die Kosten für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, ehrenamtliche Arbeit oder Hausarbeit oder auch die Einkommensverteilung. Die Komponenten werden in Geldeinheiten bewertet und zu einem Gesamtindex addiert oder abgezogen. Öffentliche Ausgaben für Gesundheit und Bildung etwa erhöhen den NWI, während Ausgaben, um Umweltschäden zu kompensieren, ihn senken. Dem NWI zufolge liegt der Zuwachs an Wohlfahrt in Deutschland seit Jahren unter dem realen Wirtschaftswachstum.

HUMAN DEVELOPMENT INDEX

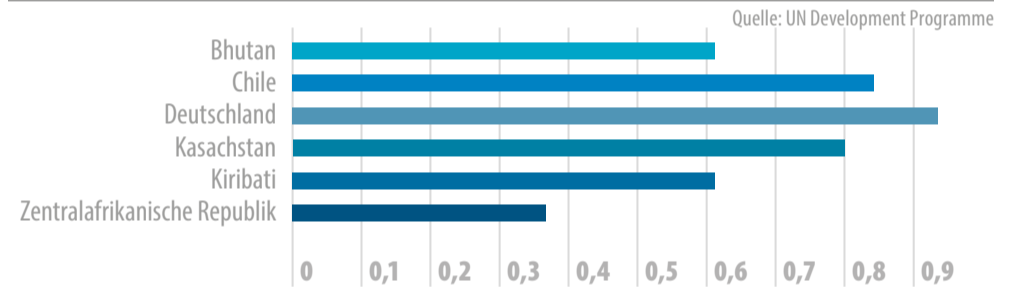
Der Human Development Index (HDI) wird seit 1990 vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) veröffentlicht. Er wird verwendet, um die menschliche Entwicklung eines Landes zu messen und somit Aussagen darüber treffen zu können, wie weit es noch von bestimmten Zielen entfernt ist. Leitgedanke bei der Entstehung des HDI war, dass die Entwicklung eines Landes nicht mehr nur anhand des Bruttoinlandsprodukts und dessen Verteilung gemessen werden sollte, sondern auch anhand der Lebenserwartung und des Bildungsgrads der Bevölkerung. Erfasst werden dazu die

Lebenserwartung bei der Geburt, die Alphabetisierung der Erwachsenen, die Einschulungsrate in Grund-, Sekundär- und Hochschulen sowie das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Außen vor bleiben allerdings ökologische Faktoren wie Umweltschutz oder Klimawandel. Im Jahr 2018 wurde der HDI für 189 Länder und Gebiete anhand der neuesten Datensätze ermittelt. UNDP gibt jedes Jahr außerdem den Human Development Report heraus, der viele zusätzliche Daten aus den Bereichen Ökonomie, Soziales und Politik erhält.

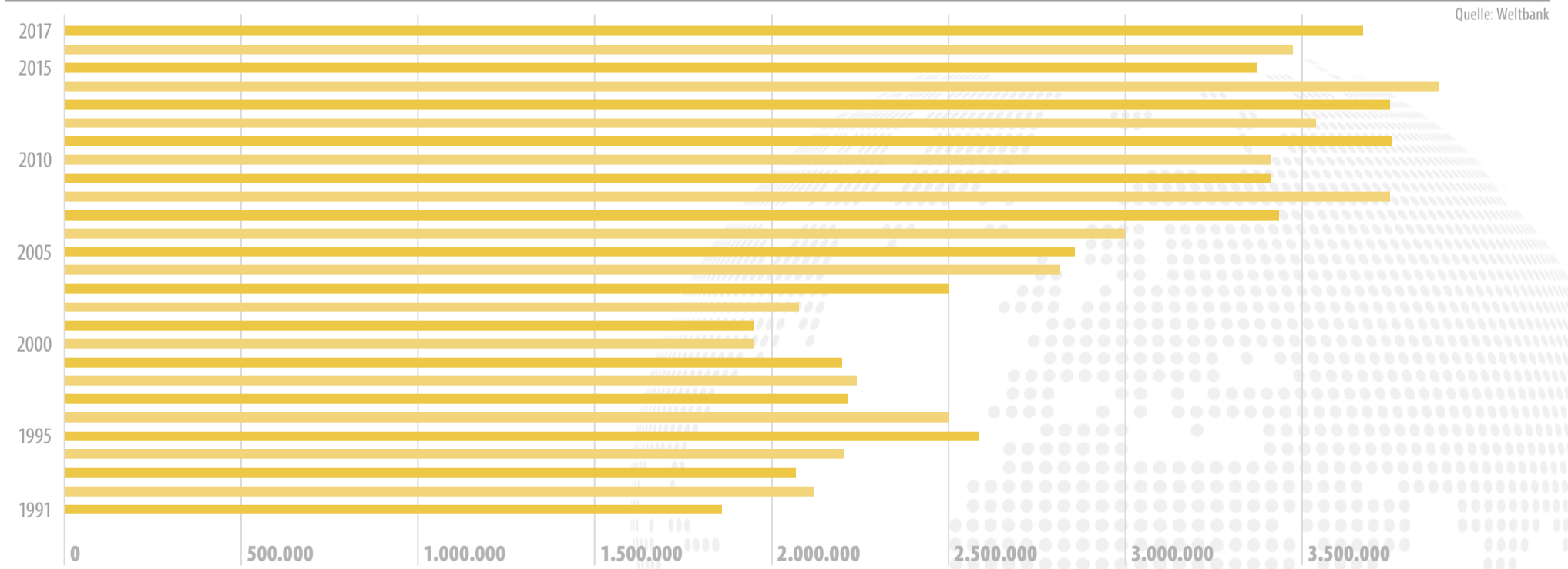
NATIONALER WOHLFAHRTSINDEX DEUTSCHLAND



HUMAN DEVELOPMENT INDEX 2017



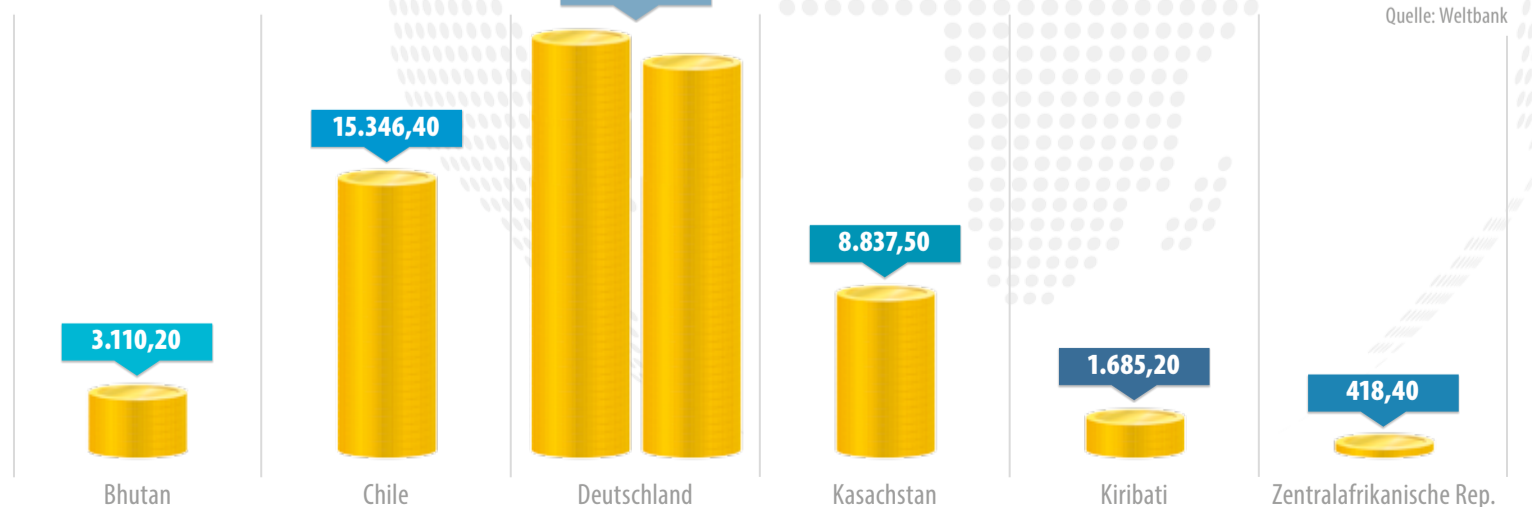
DEUTSCHLAND – BIP IN MIO. US\$



BRUTTOINLANDSPRODUKT

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zeigt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes. Berechnet wird es aus allen Waren und Dienstleistungen, die über einen bestimmten Zeitraum innerhalb der Landesgrenzen erbracht werden. Für Deutschland heißt das zum Beispiel: alles, was von deutschen und nicht-deutschen Personen, von Firmen und vom Staat hergestellt oder geleistet wird. Wenn deutsche Firmen im Ausland produzieren, zählt das allerdings nicht zum BIP. Weil es ausschließlich auf ökonomische Daten zurückgreift, ist das BIP als Wohlstandsindikator mittlerweile sehr umstritten. Mehr dazu auf S. 5.

BIP PRO KOPF IN US\$, 2017

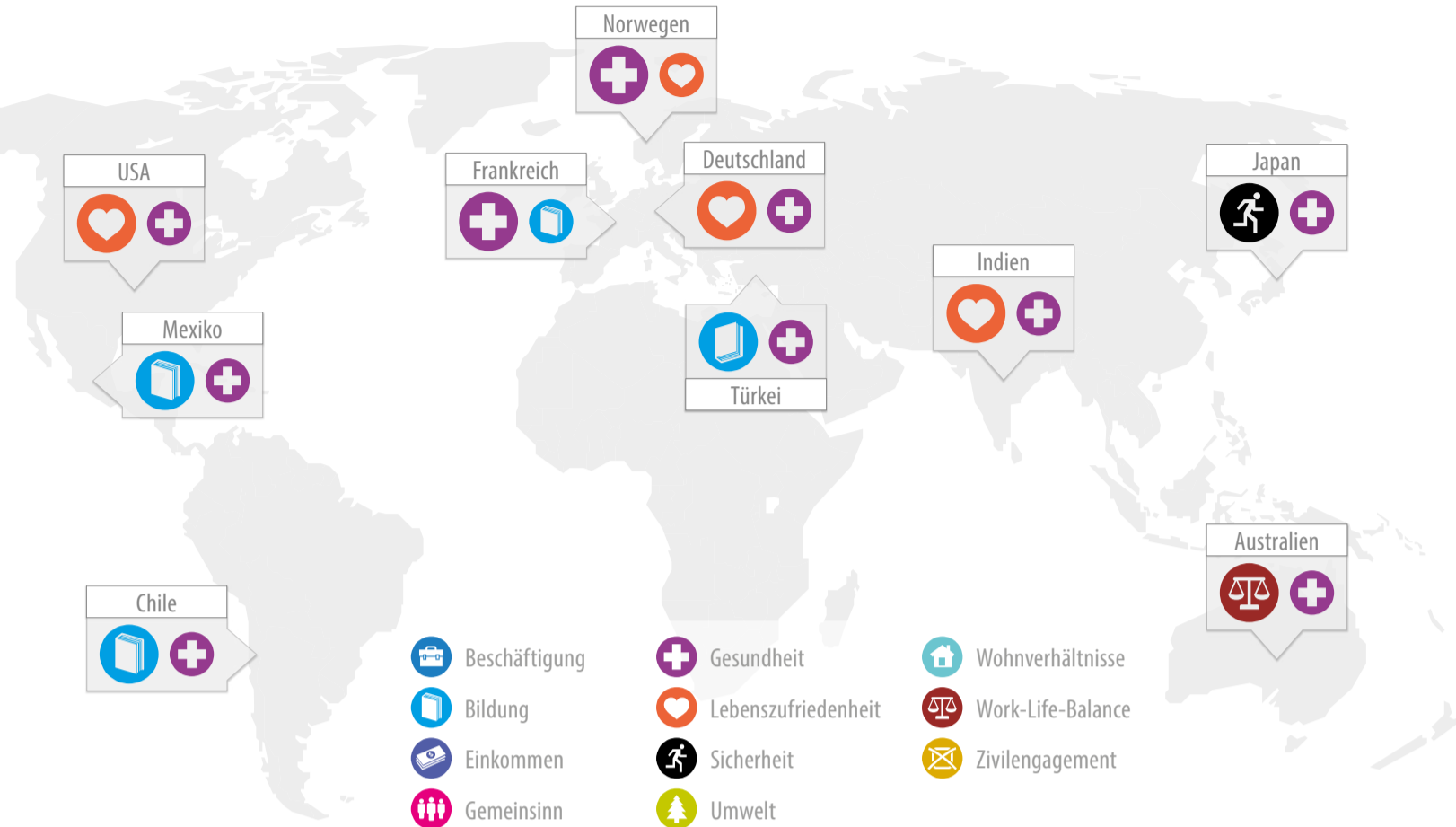


BETTER LIFE INDEX

Der Better Life Index wird seit 2011 von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) erstellt. Durch ihn soll ermöglicht werden, die allgemeine Lebensqualität der OECD-Mitgliedstaaten und einiger weiterer Länder wie Brasilien und Russland zu vergleichen. Anhand von elf Themenfeldern, die von der OECD als äußerst wichtig identifiziert wurden, wird der materielle Lebensstandard wie auch die Lebensqualität insgesamt untersucht. Zu den Themenfeldern gehören zum Beispiel Gemeinsinn, zivilgesellschaftliches Engagement, Wohnverhältnisse, Regierungsführung, Sicherheit oder Work-Life-Balance. Auch die OECD begründet ihren Indikator damit, dass das BIP viele wichtige Aspekte gar nicht erfasst. Der Better Life Index soll vor allem Antworten auf die Frage geben, was den Menschen im Leben wichtig ist. Mithilfe der interaktiven Webseite „Your Better Life Index“ kann zudem jeder den individuellen Wohlstand mit anderen Ländern vergleichen oder ermitteln, wie das eigene Land bei den Kriterien abschneidet, die einem wichtig sind. www.oecdbetterlifeindex.org

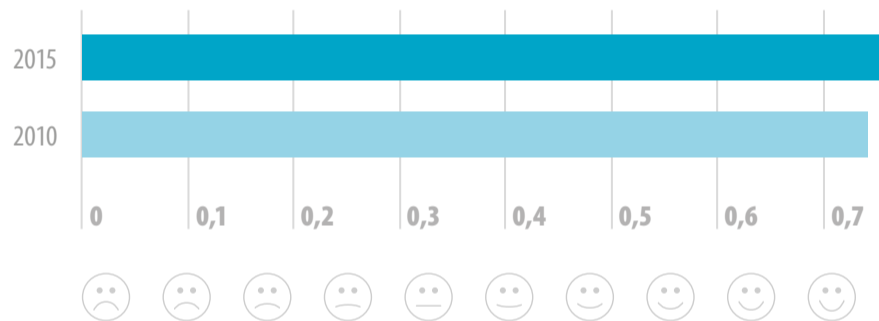
FAKTOREN, DIE DIE TEILNEHMENDEN FÜR IHRE LEBENSQUALITÄT AM STÄRKSTEN GEWICHTEN (1. UND 2. PLATZ)

Quelle: OECD



BHUTAN – GROSS NATIONAL HAPPINESS – BRUTTONATIONALGLÜCK

Quelle: Centre for Bhutan Studies & Gross National Happiness



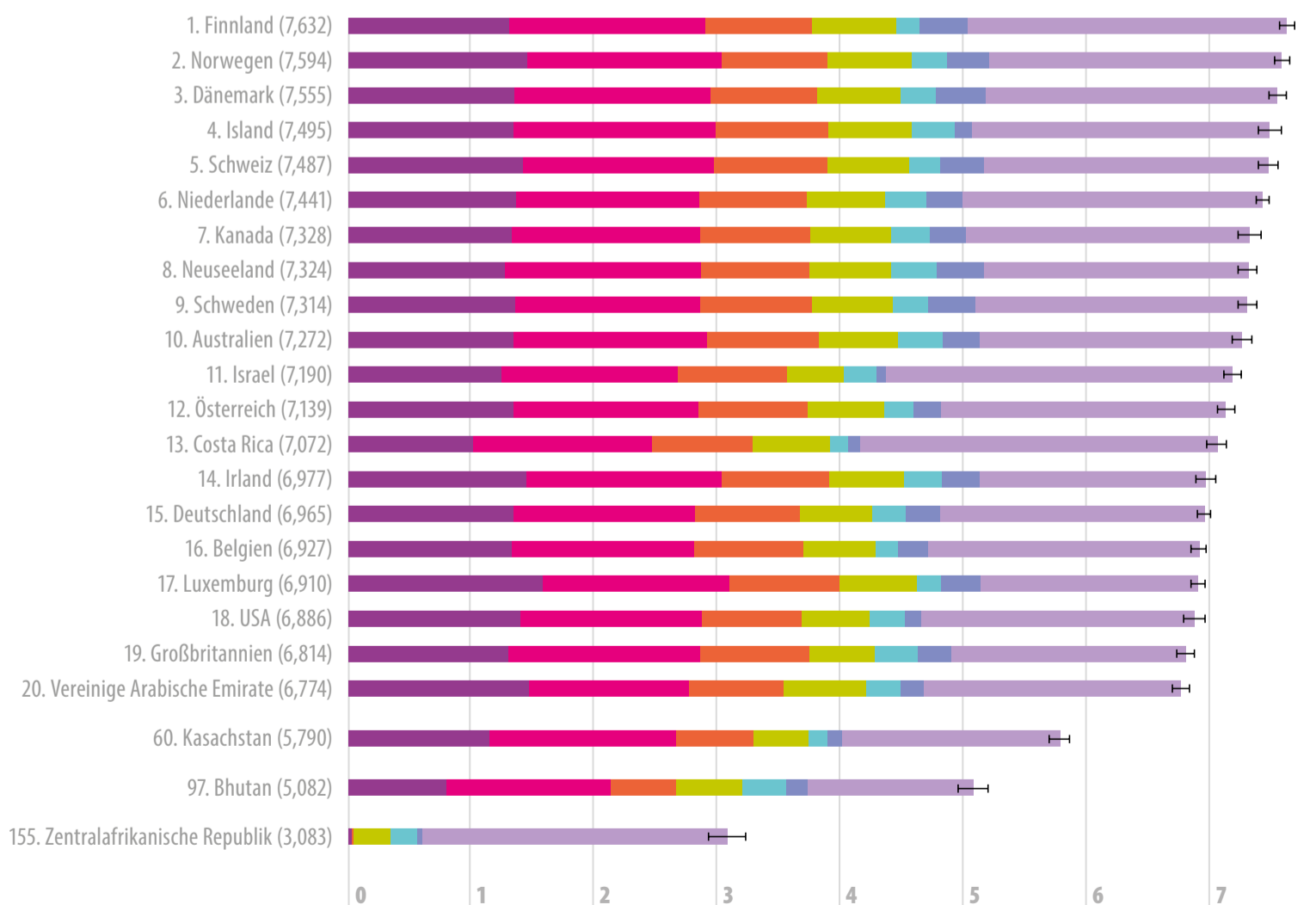
BRUTTONATIONALGLÜCK BHUTAN

Das kleine Königreich Bhutan, gelegen zwischen Indien und Tibet, scheint allen voraus zu sein. Schon im 18. Jahrhundert wurde in einem Gesetzestext formuliert, dass die Regierung keine Berechtigung hat, wenn sie nicht für das Glück ihrer Bürger sorgt. In den 1970er Jahren führte Bhutan anstelle des BIP einen anderen Indikator ein: das Gross National Happiness (GNH), das Bruttonationalglück. Das GNH ist in Bhutan nicht nur ein zusätzlicher Index, sondern wird dort als Richtungsgeber für gesellschaftlichen Aufbau verstanden. Das Recht

auf Glück bzw. Wohlbefinden ist seit 2008 sogar in der Verfassung niedergeschrieben. Glückseligkeit ist sozusagen Staatsziel und wichtiger als Wirtschaftswachstum. Das GNH wird über neun Kategorien bestimmt: Gesundheit, Bildung und Ausbildung, Ökologie, Intensität des gemeinsamen Lebens, Zeitznutzung, Kultur, eine gute Regierungsweise, Lebensstandard und psychisches Wohlbefinden. Ermittelt wird das GNH über einen Fragebogen mit Fragen wie „Wie glücklich waren Sie gestern?“ oder „Wie sehr genießen Sie Ihr Leben?“.

WORLD HAPPINESS REPORT

Der World Happiness Report untersucht seit 2012, wie glücklich die Menschen weltweit sind. Damit ähnelt er dem Bruttonationalglück in Bhutan, das den Report auch angestoßen hat. Initiator war der US-Wirtschaftswissenschaftler Jeffrey Sachs, der nach einer Reise nach Bhutan auf die Idee mit dem Weltbericht kam. Der World Happiness Report wird zwar im Auftrag der UN erstellt, aber eigenständig vom UN-Netzwerk für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Solutions) Network der UN herausgegeben. Neben dem Pro-Kopf-Einkommen und der Lebenserwartung fließen in den Bericht auch Kriterien wie Freiheitsgefühl, gesellschaftliche Großherzigkeit, das zur Verfügung stehende soziale Netz und die Wahrnehmung der Korruption mit ein. Es werden aber auch negative Faktoren wie Trauer, Sorgen und Wut berücksichtigt. Davon abgeleitet bekommt jedes Land eine Anzahl an Punkten. Der Bericht aus 2018 listet 156 Länder auf. Finnland hat am besten abgeschnitten und gilt als das glücklichste Land der Welt. Für den jüngsten Bericht wurde zum ersten Mal auch die Zufriedenheit von Einwanderern in 117 Ländern untersucht.



Quelle: World Happiness Report von der UN in Auftrag gegeben, Hrsg. John F. Helliwell, Richard Layard, Jeffrey Sachs et. al.

■ Erklärt durch: BIP pro Kopf
■ Erklärt durch: soziale Unterstützung
■ Erklärt durch: gesunde Lebenserwartung
■ Erklärt durch: Freiheit der Lebensentscheidung
■ Erklärt durch: Generosität
■ Erklärt durch: Vertrauen
■ Dystopie (1,92) + Restwert
 95% Konfidenzintervall



ES BRAUCHT ETWAS NEUES

Wie geht es uns? Seit langer Zeit ist der Maßstab dafür das Bruttoinlandsprodukt.

Mittlerweile besteht jedoch größtenteils Einigkeit: Es kann Wohlstand eigentlich gar nicht richtig messen.



Der Blick auf die Skyline von Shanghai, dem größten chinesischen Finanzzentrum. Chinas Wirtschaft ist in den vergangenen Jahren weltweit zu einer der stärksten geworden. Auch das chinesische BIP ist dadurch gewachsen. Foto: Stefan Fussen, Flickr (Creative Commons BY-SA 2.0)

Es ist allgegenwärtig und gilt manchen als die mächtigste Zahl der Welt: das Bruttoinlandsprodukt, kurz BIP. Das BIP ist seit Jahrzehnten die Größe, mit der weltweit Wohlstand gemessen und auch verglichen wird. Es misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen innerhalb eines bestimmten Zeitraums und zeigt dadurch, wie leistungsfähig eine Volkswirtschaft ist. Außerdem stellt es die Summe aller Einkommen dar. Teilt man das BIP durch die Zahl aller Bürgerinnen und Bürger eines Staates, so kommt man auf das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Diese Kennziffer wird häufig verwendet, um die Einkommen von Staaten zu vergleichen.

Steigt das BIP, heißt das, die Wirtschaft wächst. Es ist international wichtig, beispielsweise sind die Mitglieder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Länder mit der größten Wirtschaftsleistung, also dem größten BIP. Und auch in internationalen Verträgen wird Wirtschaftswachstum oft als Ziel genannt.

Zum ersten Mal hat sich der britische Ökonom William Petty im 17. Jahrhundert daran gemacht, zu berechnen wie leistungsfähig eine ganze Nation ist. Zur zentralen Messgröße wurde das BIP aber erst in den 1930er Jahren. Colin Clark, ein Brite, und der US-Amerikaner Simon Kuznets gelten als die Erfinder des modernen BIP. Regierungen konnten so zum ersten Mal messen, wie sich ihre Politik wirtschaftlich auswirkt. Bemerkenswert ist, dass schon damals vor allem Kuznets immer wieder warnte, dass das BIP nicht überhöht werden und man Länder anhand des BIPs nicht vergleichen sollte.

Vor allem in den Jahrzehnten nach 1945 wurde das BIP immer mehr auch mit dem Wohlbefinden der Bevölkerung verknüpft. Die Wirtschaft wuchs – Stichwort Wirtschaftswunder –, der materielle Lebensstandard verbesserte sich und es gab auch einen Aufschwung im Hinblick auf Demokratie und Menschenrechte. Das geschah in Deutschland, aber auch in anderen Teilen der Welt. Dadurch entstand eine enge Verbindung zwischen dem, was wir als Wohlstand verstehen, und dem reinen Wirtschaftswachstum.

Das BIP galt deshalb lange als Synonym für die gesellschaftliche Entwicklung, den Erfolg, Fortschritt und Wohlstand eines Landes. Mit ihm wurde sozusagen auch die Lebenszufriedenheit gemessen. Früher mag das teilweise richtig gewesen sein. Schaut man sich die Geschichte an, so ging materieller Wohlstand in großen Teilen der Bevölkerung mit besseren Lebensbedingungen und mehr Zufriedenheit einher.

Mittlerweile ist man sich jedoch ziemlich einig: Das BIP als Wohlstandsmesser ist nicht mehr zeitgemäß. Ursprünglich war es auch weder als Wohlstands- noch als Glücksindikator gedacht. Das ist vielmehr eine Interpretation von Politikern oder auch Medien. Wenn man komplizierte Sachverhalte vereinfacht darstellen will, hilft es, dafür eine einzige Zahl zu haben. Das ist nützlich, aber letztlich irreführend. Durch das BIP kann nicht gezeigt werden, wie es einer Gesellschaft geht. Schließlich zeigt es lediglich die Wirtschaftskraft eines Landes, wie viel die Unternehmen produzieren und verkaufen.

Gibt es viele Autounfälle, so steigt beispielsweise das BIP. Die Autos müssen repariert oder ersetzt werden, vielleicht kommt ein Abschleppdienst zum Einsatz, ein Krankenwagen und Ärzte. All das steigert das Wirtschaftswachstum und somit das BIP. Aber nicht die Lebensqualität der am Unfall Beteiligten. Im Gegenteil. Ein anderes Beispiel: Je kränker die Menschen sind, desto mehr Umsatz machen Pharmakonzerne, desto stärker wächst das BIP. Aber geht es uns dadurch besser?!

Die Kritik am BIP ist alt, wird jedoch immer größer. Aber was ist eigentlich das Problem mit dieser einen mächtigen Zahl? Es sind vor allem zwei für die Lebensqualität relevante Faktoren, die das BIP nicht berücksichtigt: soziale und ökologische.

Informelle Arbeit wird nicht ins BIP einberechnet. Dazu zählt etwa die Kindererziehung, Hausarbeit, ehrenamtliche Tätigkeiten oder die unbezahlte Pflege von Angehörigen. Alles, was jemand unentgeltlich leistet, zählt nicht, ist sozusagen schlecht für das BIP, das nur das in den Blick nimmt, was mit Geld zu tun hat.

Es sind meistens Frauen, die diese unbezahlte Arbeit verrichten, insbesondere ihre Arbeit wird für die Erschaffung und den Erhalt der Gesellschaft also nicht berücksichtigt. Obwohl diese Arbeit gesellschaftlich genauso notwendig ist wie bezahlte Arbeit, also Erwerbsarbeit. Unbezahlte Tätigkeiten bereichern eine Gesellschaft, sie sind wichtig für deren Stabilität. Ökonomen schätzen zudem, dass Leistungen in diesem Bereich rund 40 Prozent des BIP entsprechen.

Auch Umweltschäden oder Ressourcenverbrauch berücksichtigt das BIP nicht, obwohl sie für den aktuellen und künftigen Wohlstand mitentscheidend sind. Das zeigt sich etwa durch Ernteausfälle oder Sachschäden, die durch den Klimawandel entstehen.

Von Bedeutung ist zudem, dass durch das BIP Einkommensungleichheiten durch das BIP nicht erfasst werden. Verdienen etwa einige wenige in einem Land extrem viel, der Rest aber sehr wenig, so kann das Durchschnitts-BIP trotzdem relativ hoch sein und der Eindruck entstehen, es ginge der Gesellschaft in diesem Land gut. Obwohl das nur für einige wenige in der Bevölkerung gilt.

Im Jahr 1990 haben die Vereinten Nationen eine wesentliche Neuerung angestoßen: Das United Nations Development Programme, das Entwicklungsprogramm der UN, führte mit dem ersten „Bericht über die menschliche Entwicklung“ (HDR) einen neuen Ansatz ein, um das menschliche Wohlbefinden zu verstehen. Der Ansatz über die menschliche Entwicklung wurde von dem Ökonomen Mahbub Ul Haq erarbeitet und basiert auf der Arbeit des Nobelpreisträgers Amartya Sen über die menschlichen Fähigkeiten.

Wichtig ist, dass es vielen Forschern nicht darum geht, das BIP gänzlich abzuschaffen, sondern es zu ergänzen. Obwohl mittlerweile auf diversen Ebenen nach Alternativen zum BIP gesucht wird, hat sich bislang kein anderer Wohlstandsindikator durchgesetzt. Und so bleibt das BIP weiterhin – obgleich es nicht zeitgemäß ist – diese eine mächtige Zahl, die unsere Lebensqualität nicht abbilden kann.

SCHLECHTER ABGESICHERT UND SCHLECHTER BEZAHLT

Obwohl Frauen erheblich zum Wohlstand in der Welt beitragen, bekommen sie weniger davon ab als Männer. Das beeinträchtigt die menschliche Entwicklung.

Frauen tragen weltweit zum Wohlstand bei. Und doch haben sie in geringerem Maße an ihm Anteil als Männer. So sind es meist Frauen, die in unterbezahlten und prekären Arbeitsverhältnissen tätig sind. Beispielsweise in der Textilindustrie, in der Frauen oft bis zu 18 Stunden täglich arbeiten und dennoch kaum genug zum Leben haben für sich und ihre Familien. Sie tragen zur wirtschaftlichen Leistung bei, ohne jedoch selbst etwas vom dadurch erbrachten materiellen Wohlstand abzubekommen. Außerdem sind es Frauen, die einen Großteil der unentgeltlichen Arbeit verrichten, zum Beispiel unbezahlte Pflegearbeit. Die OECD beziffert den Wert dieser Arbeit auf zehn Billionen US-Dollar pro Jahr. Hinzu kommt, dass die Berufe, in denen Frauen vorrangig arbeiten, schlechter abgesichert und schlechter bezahlt sind.

„Sechzig Jahre sind vergangen, seit die Gründungsmitglieder der Vereinten Nationen auf der ersten Seite unserer Charta die Gleichberechtigung von Männern und Frauen festgeschrieben haben. Seitdem hat uns eine Studie nach der anderen gezeigt, dass es kein wirksameres Instrument für die Entwicklung gibt als die Stärkung der Frauen. Keine andere Maßnahme ist geeigneter, die wirtschaftliche Produktivität zu steigern oder die Säuglings- und Müttersterblichkeit zu verringern. Keine andere Maßnahme kann zuverlässiger die Ernährung verbessern und die Gesundheit fördern – einschließlich der Prävention von HIV/AIDS. Keine andere Maßnahme erhöht die Chancen auf Bildung für die nächste Generation so stark. Und ich möchte auch behaupten, dass keine Maßnahme wichtiger ist, um Konflikte zu verhindern oder eine Versöhnung nach Beendigung eines Konflikts zu erreichen. Aber was auch immer der sehr reale Nutzen von Investitionen in Frauen ist, das Wichtigste bleibt: Die Frauen selbst haben das Recht, in Würde, in Freiheit von Not und Angst zu leben.“

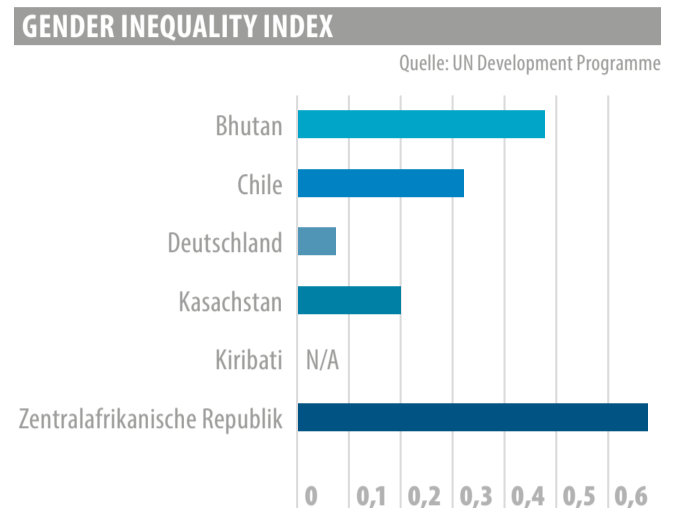
Kofi Annan
(UN-Generalsekretär von 1997–2007, im Jahr 2005)

Bislang hat kein Land der Welt tatsächliche Gleichberechtigung erreicht. Frauen haben zum Beispiel noch immer ein geringeres Einkommen und schlechteren Zugang zu Ressourcen und Krediten. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch unwirtschaftlich. Studien zeigen das regelmäßig. Frauen haben wirtschaftliches Potential, wird dieses nicht genutzt, so leidet die Weltwirtschaft.

Doch die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern hat nicht nur Auswirkungen auf den materiellen Wohlstand, sie ist auch ein Hindernis für die menschliche Entwicklung. Die Ungleichheit zwischen Geschlechtern in einer Gesellschaft kann zu sozialer Instabilität und Armut führen. Gleichberechtigung in den Bereichen Bildung, Gesetzgebung und Arbeit führt dagegen zu mehr Wohlstand, materiell aber auch in jeder anderen Hinsicht. Werden Frauen ihre Rechte vorenthalten, schwächt das auch die Demokratie.

Die Vereinten Nationen haben zwei Indizes entwickelt, anhand derer die Wohlstandsunterschiede zwischen Männern und Frauen aufgezeigt werden können. Der Index der geschlechtsspezifischen Entwicklung (GDI) schlüsselt die Ergebnisse der menschlichen Entwicklung nach Geschlecht auf und bezieht sich dabei auch auf den Human Development Index (HDI). Global betrachtet ist der Wert des HDI für Frauen um fast sechs Prozent niedriger als der Wert für Männer. Zurückzuführen ist dieser Unterschied vor allem darauf, dass Frauen in vielen Ländern niedrigere Einkommen haben und einen geringeren Bildungsstand. In Ländern mit geringen Werten zur menschlichen Entwicklung ist die Diskrepanz zwischen den Geschlechtern am größten. Hier liegt der HDI-Wert von Frauen um fast 14 Prozent unter dem Wert der Männer.

Im Jahr 2014 führten die Vereinten Nationen den Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit (Gender Inequality Index, GII) ein. Er misst, was die Unterschiede zwischen Männern und Frauen die menschliche Entwicklung kostet. Berücksichtigt werden dazu die reproduktive Gesundheit, gemessen an der Müttersterblichkeit und der Geburtenrate, die Ermächtigung von Frauen, gemessen an ihrer parlamentarischen Beteiligung sowie ihrem Bildungsgrad,



und ihr wirtschaftlicher Status, gemessen an ihrer Teilhabe am Arbeitsmarkt. Der GDI soll die Unterschiede aufzeigen, die in der Verteilung von Wohlstand zwischen Männern und Frauen auftreten. Geschlechtsspezifische Ungleichheit gibt es in allen Ländern der Welt, auch in den wohlhabenden. Je höher der GII-Wert ist, desto größer ist auch die Ungleichheit.

Ein entscheidender Grund für die bestehende Ungleichheit ist, dass Frauen oft nicht ausreichend selbst über ihr Leben bestimmen können. Beispielsweise heiraten viele Frauen in Ländern mit niedriger menschlicher Entwicklung vor ihrem 18. Geburtstag. Das bestimmt ihr restliches Leben und oft haben sie dadurch kaum noch Chancen auf Bildung, Einkommen und Unabhängigkeit. Auch hohe Geburtenraten beeinträchtigen die Chancen heranwachsender Mädchen, gerade dann, wenn es sich um ungewollte Schwangerschaften handelt.

Die zum Teil großen Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind letztlich ein Hindernis für die gesamte menschliche Entwicklung und somit auch für unseren Wohlstand.

RUANDA – EIN LAND AUF DEM WEG ZU WOHLSTAND

Ruanda gilt als afrikanischer Vorzeigestaat, sein wirtschaftlicher Erfolg als Model für Entwicklungsländer. Es macht Fortschritte in der Armutsbekämpfung, stärkt per Gesetz Frauenrechte und immer mehr Menschen schaffen sich dort einen bescheidenen Wohlstand. Wie schafft Ruanda das?



Foto: Maria Caroline Wölflé

Sandrine Nikuze ist für die Frauen zuständig. Die 22-Jährige sitzt in ihrem Büro in Ruandas Hauptstadt Kigali, ein Schreibtisch, ein paar Stühle und der Blick über die Stadt. Das Haus, in dem sich ihr Büro befindet, ist an einem der vielen Hügel der Stadt gelegen. Sie hat ihr Laptop vor sich aufgeklappt, im Moment beschäftigt sie sich hauptsächlich mit Finanzierungsmöglichkeiten. Sie braucht Helme und Motorräder für die Frauen.

Sandrine arbeitet bei SafeMotos, einem Startup, das über eine App Motorradtaxi vermittelt. Die sind das meist genutzte Fortbewegungsmittel in Ruanda. Rund 30.000 sind in Kigali unterwegs, einer Stadt mit 1,2 Millionen Einwohnern. Aber nur fünf davon werden von Frauen gefahren. Sandrine will das ändern. Sie hilft ihnen, den Führerschein zu machen. Vierzig sind momentan in Ausbildung und darauf ist sie stolz. Frauen am Motorrad-Steuer, das ist etwas Besonderes und für die Fahrerinnen ein Stück Selbstermächtigung, das nicht selbstverständlich ist. Taxifahren gilt in Ruanda als Männerberuf und überhaupt ist die Rollenverteilung hier noch traditionell geprägt.

Doch das ändert sich. Gleichberechtigung ist politisch gewollt. Im Parlament gibt es eine Frauenquote von 30 Prozent, die weit übertroffen wird: Fast 70 Prozent der Parlamentarier sind weiblich. Das ist mehr als in jedem anderen Land der Welt.

Auch Präsident Paul Kagame spricht sich sehr deutlich für Gleichberechtigung aus. „Frauen sind der Grundstein für den Wohlstand der Gesellschaft als Ganzes“, schrieb er zum Weltfrauentag im März auf Twitter.



Ruandas Hauptstadt Kigali wächst. Überall sind Baustellen zu sehen. Foto: Maria Caroline Wölfle

VIELE ENTWICKLUNGSZIELE WERDEN ERREICHT

Wenn Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern ein Indikator für Wohlstand ist, dann ist Ruanda vorne mit dabei. Obgleich Frauen dort vor 1994 offen benachteiligt wurden. Sie durften nicht erben, ohne Zustimmung des Ehemanns kein Bankkonto eröffnen, der Mann galt vor dem Gesetz als Oberhaupt der Familie. Dass all das heute anders ist, hängt auch mit dem zusammen, was 1994 geschehen ist. Hundert Tage lang dauerte damals der Genozid an der Volksgruppe der Tutsi. Begangen durch die Mehrheitsbevölkerung der Hutu. Ermordet wurden vor allem die Männer, Frauen wurden vergewaltigt, verstümmelt, oft absichtlich mit HIV angesteckt. Am Ende waren rund 70 Prozent der noch lebenden Bevölkerung weiblich. Die Männer waren tot, geflohen oder im Gefängnis, weil sie Täter waren. Es ging damals also gar nicht anders, als Frauen an Entscheidungen zu beteiligen, sie auf wichtige Posten zu setzen.

Was auf dem Papier und als Gesetz gut klingt, muss allerdings in vielen Köpfen noch ankommen, insbesondere in ländlichen Gebieten. In diesen lebt die Mehrheit der Ruander und viele dort – Männer und Frauen – denken noch immer, dass der Mann das Sagen hat. „Manche finden es zum Beispiel normal, dass ein Mann seine Frau schlägt“, sagt Dative Nakabonye. Sie hat in Huyé im Süden Ruandas eine Art Frauenzentrum eröffnet. Häusliche Gewalt ist immer und immer wieder Thema.

Weil sich auch da etwas ändern soll, gibt es zahlreiche Projekte, oft im landwirtschaftlichen Bereich und von internationalen Organisationen durchgeführt. Die meisten Frauen arbeiten in der Landwirtschaft, es geht darum, ihre Stellung zu stärken. Sie lernen, wie sie effizienter wirtschaften können, wie man im Gewächshaus anbaut oder die Felder richtig bewässert. Das verdiente Geld geht vor allem in die Familie, insbesondere in die Bildung der Kinder.

Nicht nur, was die Gleichstellung der Geschlechter angeht, gilt Ruanda als progressiv. Gerade mit Blick auf andere Staaten in Afrika fällt es durch seine wirtschaftliche Entwicklung auf und wird immer wieder als Erfolgsmodell bezeichnet.

Dabei ist es eines der ärmsten Länder der Welt. Es gibt kaum Rohstoffe. Das Bruttoinlandsprodukt beträgt gerade einmal 772 Dollar pro Kopf, rund die Hälfte der Bevölkerung lebt in Armut und in ländlichen Gebieten sind 38 Prozent der Menschen unterernährt. Beim Human Development Index der Vereinten Nationen lag Ruanda vergangenes Jahr weit hinten, auf Rang 158. Aber die Wirtschaft wächst, gut sieben Prozent in diesem Jahr, davon geht die Weltbank aus und so viel war es im Schnitt auch in den vergangenen Jahren. Kigalis Straßen sind sauber, überall wird gebaut und man kann auch abends alleine als Frau umherlaufen. Es gibt Erfolge bei der Gesundheitsversorgung, fast 100 Prozent der Kinder werden eingeschult, die Müttersterblichkeit sinkt, die Analphabetenquote auch – Ruanda erreicht viele seiner Entwicklungsziele oder ist kurz davor. Neben dem reinen

Wirtschaftswachstum entwickeln sich hier also auch andere Arten von Wohlstand und kommen der Bevölkerung zugute.

Die ruandische Regierung hat klare Ziele, die sie abarbeitet. Viele davon sind in der Vision 2020 niedergeschrieben. Bis zum Jahr 2020 soll Ruanda ein Land des mittleren Einkommens sein. „Man will hier außerdem zum Dienstleistungsstandort werden“, sagt Andrew Mold von der Wirtschaftskommission für Afrika der Vereinten Nationen. „Die Investition in Rwanda Air, eine eigene Fluggesellschaft, ist zum Beispiel sehr wichtig.“ Als Binnenland, mitten in Afrika, will Ruanda zum Konferenzzentrum werden. Und man will Investoren anlocken. Im „Doing Business“-Bericht der Weltbank liegt Ruanda auf Platz 41 von insgesamt 190 bewerteten Ländern.

Volkswagen hat Anfang 2018 ein Werk in Kigali eröffnet, schon länger ist das chinesische Textilunternehmen C&H hier tätig. In seiner Fabrik in Kigali produzieren 1000 ruandische Arbeiterinnen und Arbeiter Kleidung für Kundinnen und Kunden in Belgien oder England. Auch die deutsche Modekette Kik ließ hier schon produzieren. Obwohl die Rahmenbedingungen nicht zu hundert Prozent stimmen, es zum Beispiel keinen Seehafen gibt, lohnt sich der Standort. „Die Regierung unterstützt Investoren“, sagt Malou Jontilano, die Marketingleiterin von C&H. „Außerdem gibt es hier ein großes Potential an einfachen Arbeitskräften.“ Der größte Investor ist derzeit allerdings noch der ruandische Staat.

DER ERFOLG WIRD PRÄSIDENT KAGAME ZUGESCHRIEBEN

Knapp 25 Jahre nach dem Genozid, bei dem rund eine Million Menschen starben, scheint Ruandas Geschichte von Erfolg geprägt. Der wird vor allem einem zugeschrieben: Präsident Paul Kagame. Seine Exzellenz, wie viele ihn hier nennen. Als Rebellenführer hatte er 1994 den Völkermord beendet.

„Wir haben einen guten Präsidenten“, sagt Sandrine Nikuze von SafeMotos. „Er sagt vor allem uns jungen Leuten immer wieder: Steht auf und arbeitet. Ihr müsst Ruanda verändern, sonst tut es niemand.“ Es ist auch vor allem Kagame, der die Vision für Ruanda hat. Das sagen in Kigali viele, die das Land kennen. „Und Kagame spricht nicht nur darüber, er setzt sie auch um“, sagt etwa der deutsche Botschafter in Kigali, Peter Woeste. „Es gibt hier einen weit verbreiteten Willen, sich zu verändern.“

Ob die Vision 2020 erreicht werden kann, ist dennoch fraglich. Trotz all der Fortschritte leben noch immer rund 57 Prozent der Menschen von weniger als einem US-Dollar am Tag. Laut einem Bericht der Bertelsmann-Stiftung vergrößert sich zudem die Ungleichheit zwischen den oberen 10 Prozent der Gesellschaft und den restlichen 90 Prozent. Vom Wirtschaftsaufschwung profitiert bislang vor allem eine kleine Elite. Und mehr als ein Drittel des Staatshaushaltes kommt von ausländischen Hilfgeldern. Von diesen ist Ruanda noch immer abhängig.

Fragwürdig ist auch der Präsident selbst und sein Führungsstil. Reist man durch Ruanda, beginnt man, sich zu wundern. Seit dem Jahr 2000 ist Paul Kagame im Amt, vergangenes Jahr wurde er mit knapp 99 Prozent der Stimmen zum dritten Mal wiedergewählt. Nachdem er 2015 die Verfassung ändern ließ, um überhaupt wieder antreten zu können. Egal, mit wem man spricht, niemand kritisiert ihn ernsthaft. Die einen, weil sie ihn wirklich gut finden. Die anderen vermutlich aus Angst.

„Es ist gefährlich bis lebensgefährlich, etwas Kritisches zu äußern“, sagt Gerd Hankel. Er ist Völkerrechtler, hat über Jahre hinweg intensiv zu Ruanda gearbeitet und es mehrfach bereist. „Der Geheimdienst ist überall, das Land hat totalitäre Strukturen.“ Es gebe keine unabhängige Justiz und auch das Parlament tue letztlich das, was der Präsident für richtig halte. Ein Stück weit wird deshalb auch die anstehende Parlamentswahl zur Formalie.

Dass in Ruanda Menschenrechte verletzt werden, kritisieren auch diverse Nichtregierungsorganisationen. Human Rights Watch etwa, die Folter und unrechtmäßige Inhaftierungen anprangerte – und dafür vergangenes Jahr aus dem Land flog. Eine ernsthafte Opposition gibt es nicht, ebenso wenig wie Pressefreiheit. Wer sich widersetzt, landet im Gefängnis oder muss tatsächlich um sein Leben fürchten. Verschiedene Mordanschläge auf ruandische Dissidenten im südafrikanischen Exil zeugen davon.

FORTSCHRITT AUF WESSEN KOSTEN?

International geächtet wird Kagame deshalb nicht. Im Gegenteil. Trotz seines harten, autoritären Führungsstils wird regelmäßig auf die Erfolge Ruandas verwiesen, auf die niedrige Korruptionsrate oder die tatsächliche Durchsetzung von Gesetzen. Zuletzt ging das Plastiktüten-Verbot durch die Medien der Welt. Es gibt gewaltige und sichtbare Fortschritte im Land, die man anerkennen muss. Aber auf wessen Kosten? „Das ist die eigentliche Frage in Ruanda“, sagt Gerd Hankel. „Muss der Fortschritt um den Preis der Menschenrechte geschehen? Ich weigere mich, das zu glauben.“

Jahre nach dem Genozid ist Ruanda ein widersprüchliches Land. Täterinnen und Täter leben neben Opfern und Versöhnung wird staatlich verordnet. „Wir sind stolz darauf, dass es heute Frieden gibt hier“, sagt Sandrine Nikuze. Die Menschen sehnen sich nach Stabilität und die zumindest schafft Kagame.

Was aber geschieht, wenn der wirtschaftliche Aufschwung einbricht? Oder wenn das Bevölkerungswachstum jeden Fortschritt gleich wieder auffrisst? Denn die demographische Entwicklung ist eines der größten Probleme in Ruanda. Und: Wie geht es nach Kagame weiter? Im Vergleich zu Nachbarstaaten wie der Demokratischen Republik Kongo oder Burundi mag Ruanda der Leuchtturm sein, als den viele es metaphorisch bezeichnen. Bloß vermag niemand zu sagen, wie es weitergeht, wenn der nicht mehr leuchtet.

„KEIN WOHLSTAND OHNE MENSCHENRECHTE“

Meist sind es wohlhabende Länder, in denen Menschenrechte am konsequentesten umgesetzt werden. Aber braucht es Wohlstand für Menschenrechte? Oder Menschenrechte, um zu Wohlstand zu gelangen? Darüber haben wir mit Michael Windfuhr vom Deutschen Institut für Menschenrechte gesprochen.



Foto: DIMR/Anke Illing

Michael Windfuhr ist stellvertretender Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Er war am Aufbau der internationalen Menschenrechtsorganisation FIAN (Food First Information and Action Network)

beteiligt und zehn Jahre lang deren Vertreter bei den Vereinten Nationen. Zudem ist er seit knapp zwei Jahren Mitglied im UN-Expertenausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

Der frühere US-Präsident Richard Nixon hat einmal gesagt: „Nur wenn der Wohlstand tiefe Wurzeln schlägt, stehen die Menschenrechte auf einem soliden Fundament.“ Was würden Sie darauf antworten?

Die Achtung, der Schutz und die Gewährleistung bürgerlicher und politischer sowie wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte ist zentraler Bestandteil der Menschenwürde (wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert ist). Im allgemeinen Menschenrechtsdiskurs waren die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte lange nicht gleichwertig anerkannt. In dem Zitat von Nixon steckt so was wie „Wenn man es schafft, diese Arten von systematischer Diskriminierung auszuschließen und Menschen an der Entwicklung teilhaben lässt, stärkt das insgesamt die Menschenrechte und die Demokratie, und das kann ich nur unterstützen“. Eine Verwurzelung der Menschenrechte heißt auch, ein Interesse daran zu haben, möglichst viele Menschen mitzunehmen. Inklusion und Teilhabe an der Gesellschaft wären die wichtigsten Begriffe zur Ermöglichung der Menschenrechte.

Was ist Wohlstand aus menschenrechtlicher Perspektive überhaupt?

Wohlstand ist für mich vorrangig die Realisierung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte, weil es dann nicht nur um den statistischen Durchschnitt geht, Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, sondern um die Umsetzung des Rechts auf Gesundheit, des Rechts auf Bildung, des Rechts auf Nahrung für jede Person. Wichtig ist für mich, die Umsetzung dieser Rechte zu messen, und die ist nicht abhängig von einem bestimmten Wohlstandsniveau. Die reine Verfügbarkeit von Geld sagt nichts darüber aus, wie viel unten ankommt, sondern die Entwicklungsorientierung von Regierungen führt dazu, dass anders und besser verteilt wird.

Aber was war eigentlich zuerst da – Wohlstand oder Menschenrechte?

Langfristig gibt es keinen wirklichen Wohlstand in Würde ohne Achtung der Menschenrechte. Die Frage, was zuerst da war, greift zu kurz, da Menschenrechte nicht alleine mit der Wohlstandsentwicklung korrelieren und zusammenhängen. Es braucht auch Entwicklungsorientierung, eine gute Regierungsführung, d. h. die Orientierung hin auf einen Rechtsstaat, keine Korruption. Das bedeutet, es gibt eine Menge Faktoren, die mitentscheiden, ob sich ein Land entwickelt. Es ist nicht so, dass Menschenrechte alleine Entwicklungserfolg erklären, und die Frage ist nicht, ob Wohlstand mit oder ohne Menschenrechte besser ist. Wohlstand kann auf unterschiedlichen Entwicklungsniveaus menschenrechtsorientiert umgesetzt werden, selbst in ökonomisch relativ ärmeren Ländern kann die Verteilung viel besser und staatliches Handeln auf die Umsetzung der Menschenrechte ausgerichtet sein.

Welche Regierungsform ist die beste, um Wohlstand zu erreichen?

Um inklusiven Wohlstand zu erreichen, gilt zunächst, dass es gut ist, wenn verletzte und ärmere Menschen Möglichkeiten haben, sich zu Wort zu melden. Es geht darum, dass Menschen an politischen Entscheidungen, die sie betreffen, teilhaben können, damit Leute und Gruppen nicht übersehen werden und es damit nicht zu systematischen Verletzungen von Menschenrechten kommt. Es gibt auch in Ländern wie China, mit hohem Wirtschaftswachstum und einem enormen Rückgang absoluter Armut, dennoch große Gruppen von Menschen in prekären Lebenslagen, die kaum dokumentiert sind, weil sie zum Beispiel in ländlichen Regionen systematisch ausgeschlossen werden. Aus menschenrechtlicher Perspektive ist immer zu fragen, ob und wenn ja, welche Gruppen

übersehen werden oder nicht, unabhängig von der absoluten Höhe des Nationaleinkommens.

Heißt das also, je demokratischer ein Land ist, desto eher gelangt es zu Wohlstand?

Tendenziell gesehen gibt es auf alle Fälle die Korrelation, dass mit Zunahme von Rechenschaftspflicht und guter Regierungsführung in der Regel gute Entwicklungsleistungen entstehen. Das schließt allerdings nicht aus, dass auch autokratische Länder, die entwicklungsorientiert sind, gute Entwicklungsleistungen erreichen können. In diesen Ländern gilt das dann aber im Grunde nie inklusiv für alle Menschen, sondern nur für die, die dazu gehören, ethnisch, religiös oder politisch-ideologisch oder genderspezifisch. Solche Entwicklungsprozesse schließen dann nicht die Selbstbestimmung von allen Menschen ein, eine zentrale Komponente von Würde. Die Frage, die es dabei zu stellen gilt, ist, ob Wohlstand vor allem materiell definiert werden sollte. Aus Sicht der Menschenrechte umfasst Wohlstand die Freiheit zum selbstbestimmten Leben und ohne Diskriminierung.

Ist Wohlstand an sich ein Menschenrecht?

Die Umsetzung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte ist ein Menschenrecht. Dafür muss es aber kein bestimmtes absolut zu erreichendes Wohlstandsniveau geben, auch wenn es unbedingt eine Absicherung nach unten für jede Person geben muss. Ein Staat kommt seinen Menschenrechtsverpflichtungen nach, wenn er das Maximum seiner verfügbaren Ressourcen für ihre Umsetzung einsetzt. Auch Länder mit relativ geringerem Nationaleinkommen können sehr weit sein bei der Garantie der Menschenrechte. Auf immer weiter wachsenden materiellen Wohlstand kann es keinen Anspruch geben, weil wir heutzutage über ganz andere und neue Grenzen von Wohlstand nachdenken müssen. Der

materielle Wohlstand, den wir hier in Deutschland haben, ist ja nicht globalisierbar. Wir würden mehrere Planeten brauchen für unsere Abluft, unseren Müll. Unser Wohlstand ist eher ein langfristiges, wahrscheinlich das zentrale zukünftige Entwicklungsproblem. Man kann wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte auch auf einem materiell gesehen viel niedrigeren Niveau umsetzen. Es muss nicht unser Wohlstandsniveau sein, das ja schon wieder Wohlstandseinbußen zur Folge hat, in Form von Stress, zu viel Müll oder einem gravierenden Klimawandel. Ich glaube, für die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele ist das Nachdenken über ein anderes Wohlstandsmodell wichtig. Wir brauchen die Frage: Was ist Wohlstand in qualitativer Hinsicht? Diese führt weg von der Kategorisierung, die wir jetzt haben, nämlich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Wir brauchen eine andere Messung dessen, was Wohlstand für eine Gesellschaft ist. Und wir müssen darüber nachdenken, wie viel Wohlstand überhaupt möglich ist, wie eine Absicherung würdigen Lebens für alle Menschen und zukünftige Generationen erreichbar ist, unter Anerkennung der planetaren Grenzen.

Wo kommen da die Menschenrechte ins Spiel?

Die menschenrechtliche Argumentation kann da enorm helfen. Weil es eben nicht auf die absolute Höhe ankommt, sondern auf die Qualität und die Umsetzung von zentralen Menschenrechten. Die sind das wirkliche Maß. Man kann sie mit einem viel geringeren ökonomischen und ökologischen Ressourcenaufwand realisieren, als wir das gewöhnlich tun.

CHANCEN UND RISIKEN DER DIGITALISIERUNG

Es gibt kein Zurück, unser Leben wird immer digitaler. Dadurch eröffnen sich neue Möglichkeiten, aber auch Gefahren.

Selbstfahrende Autos, Kühlschränke, die mit uns kommunizieren, Apps für Einkaufslisten oder als Navigationsgerät, die Steuererklärung übers Internet abgeben – es gibt kaum noch Lebensbereiche, in denen die Digitalisierung keine Rolle spielt. Sie verändert grundlegend und nachhaltig unsere Arbeitswelt und unseren Alltag, oft macht sie uns das Leben einfacher und bequemer. Auch wenn wir noch am Beginn der digitalen Transformation stehen, so ist doch bereits klar, dass sie enormen Einfluss auf uns haben wird und in weiten Teilen bereits hat.

Dabei birgt die Digitalisierung zugleich Potential und Risiko. Sie kann zur Entwicklung beitragen und Ländern etwa helfen, Zugang zu Informationen und Wissen zu erhalten. Personen

oder kleinen Unternehmen eröffnet sie neue Märkte und sie können ihre Produkte zum Beispiel mithilfe des Internets überall auf der Welt verkaufen. Viele Entwicklungsländer sind bereits vorne mit dabei, wenn es um technologische Innovationen geht, die sowohl ihre eigene Entwicklung befördern als auch global gesehen von Nutzen sein können.

Gleichzeitig sind gerade weite Teile von Entwicklungsländern noch abgeschnitten vom Internet und anderen Arten des digitalen Lebens und selbst in entwickelten Ländern haben viele Menschen noch keinen Zugang zu einer schnellen Breitbandverbindung. Politikerinnen und Politiker auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene müssen die Risiken abwägen, die

mit der Digitalisierung einhergehen: eine Vergrößerung von bereits existierenden Klüften und die Entstehung neuer.

Gerade mit Blick darauf, dass digitale Technologien immer mehr in unseren Alltag integriert sind, beispielsweise Cloudcomputing, dreidimensionales Drucken oder das Internet der Dinge, und dass diese Technologien auch die meisten Industrien und Wertschöpfungsketten beeinflussen, ist es essentiell, die Chancen und Gefahren gleichermaßen zu analysieren.

Die neue digitale Ära muss den Wohlstand für alle sichern, heißt es auch von Seiten der Vereinten Nationen. „Wir bei UNCTAD sind begeistert vom transformativen Potential der

Digitalisierung. Aber wir müssen auch erkennen, dass das Internet kein Allheilmittel ist“, sagte beispielsweise Mukhisa Kituyi, der Generalsekretär von UNCTAD. UNCTAD ist die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung.

Einem Bericht von UNCTAD zufolge ist noch immer die Hälfte der Weltbevölkerung offline und das ändert sich nur langsam. Hinzu kommt die Sorge über wachsende Einkommensunterschiede. In Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in denen die Digitalwirtschaft sich am schnellsten entwickelt hat, stieg gleichzeitig auch die Diskrepanz zwischen arm und reich.

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
Zimmerstraße 26/27 • D-10969 Berlin
Telefon: (030) 259375-0 • Telefax: (030) 259375-29
E-Mail: info@dgvn.de • Web: www.dgvn.de
facebook.com/dgvn.e.v • twitter.com/dgvn_de

Verantwortlich
Dr. Lisa Heemann, DGVN-Generalsekretärin
Konzept und Autorin: Maria Caroline Wölfe
Redaktion: Dr. Lisa Heemann und Jana Krieg, DGVN

1. Auflage Januar 2019
ISSN 1614-5437
Gedruckt auf 100%-Recycling-Papier.



Gestaltung: Cornelia Agel
Druck: Senser Druck GmbH

Die EINE-WELT-PRESSE erscheint ein- bis zweimal jährlich und befasst sich jeweils mit einem thematischen Schwerpunkt.

Die Publikation wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

Sie sind am Bezug der EINE-WELT-PRESSE oder an bereits erschienenen Ausgaben interessiert? Auf Anfrage senden wir Exemplare gerne zu – auch größere Stückzahlen für die Bildungsarbeit.
info@dgvn.de